

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter. - Als nächster kommt jetzt für die Fraktion Bündnis 90/Grüne der Abgeordnete Dr. Meisel zu Wort.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Fraktion Bündnis 90/Grüne ist für soziale Marktwirtschaft,

(Beifall bei den Koalitionsfraktionen)

sie ist für Wettbewerb, ist für Entflechtung und, damit verbunden, für erhebliche Privatisierung von Staatseigentum, und sie ist damit auch für ein Treuhandgesetz. Aber

(Bewegung im Saal)

es muß die Frage erhoben werden, wer ist denn der Eigentümer, für den und für dessen Nutzen dieses Vermögen verwaltet werden soll? Der Staatsvertrag, auf den sich das vorliegende Gesetz bezieht, sagt, dieses sei der Staat.

Aber in Wirklichkeit handelt es sich hier um Volkseigentum im wahrsten Sinne dieses Wortes, und zwar nicht deshalb, meine Damen und Herren, weil ein früherer SED-Staat es so genannt hat, sondern weil hierin die Arbeit und die Anstrengungen der Menschen unseres Landes liegen, die 40 Jahre in eine Wirtschaft hineingearbeitet haben, die durch die schlechte Regierungsführung dieser SED-Regierung zu Schulden geführt hat, die wir heute vor uns haben und die dazu geführt haben, daß dieses Volkseigentum 40 Jahre lang veruntreut worden ist.

Aber soll nun dieses Parlament dafür sorgen, was sich nicht einmal die Honecker-Regierung getraut hat, nämlich auch noch mit Brief und Siegel das Volkseigentum zu Staatseigentum zu veruntreuen, soll das heute hier an dieser Stelle zu Ende gebracht werden?

(Beifall bei Bündnis 90/Grüne und PDS - Unruhe bei CDU/DA)

Die Regierung vollendet heute die Enteignung des Volkes zugunsten des Staates, und das ist nun wirklich das Gegenteil von Privatisierung.

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne - Widerspruch bei CDU/DA)

Ja, ich weiß, meine Damen und Herren, ich kenne die Mehrheitsverhältnisse in diesem Parlament.

(Unruhe und Zwischenrufe, vor allem von der CDU/DA)

Und darum haben wir auch ein zweites getan. Wir haben damit, daß wir in der letzten Woche einen Aufschub für dieses Gesetz erreicht haben, uns heute zwar eine lange Sitzung beschert, aber doch erreicht, daß einige Nachbesserungen in dieses Gesetz kamen, die nun wenigstens mithelfen, daß der Staat, der ja ein Eigentum, das ihm eigentlich nicht gehört, zu verwalten hat,

(Zwischenruf von CDU/DA: Unerhört!)

im Sinne des Volkes verwaltet. Ich möchte besonders hinweisen auf die Grundsätze, die in der Beschlußvorlage unter Punkt 3, 2. Anstrich, festgelegt sind, und auf die bereits Dr. Steinecke hingewiesen hat. Es gibt ja keinen eingespielten Markt in der DDR für Grundstücke und auch nicht für die unter Punkt 6 genannten Bewertungen von Unternehmen. Es ist dringend erforderlich, daß das Parlament seiner Aufsichtspflicht nachkommt, damit hier nicht einzelne aufgrund dieses uns zu treuen Händen überantworteten Eigentums Geschäfte machen.

Und an diesem Punkte, meine Damen und Herren, gibt es nun wahrhaft keinen Unterschied mehr zwischen Opposition und Regierungsparteien. An diesem Punkt müssen wir uns alle einig sein, damit nicht in irgendein großes Loch des Staatshaushalts diese Gelder hineingehen, sondern damit die Kommunen in Dresden und Dessau und in Stralsund, damit die Länder Sachsen, Thüringen, Mecklenburg und wie sie alle heißen, wirklich Nutznießer dieses Eigentums werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Grüne und bei der PDS)

Dabei ist freilich zu beachten, daß die Beschlüsse noch keine

Gesetzestexte sind und daß es notwendig ist, auf die Umsetzung in entsprechende Rahmenbedingungen zu konkretem Recht genau zu achten.

Das haben wir als Parlament zu kontrollieren, und wir müssen uns dessen bewußt sein, daß wir dabei von unseren Wählern kontrolliert werden.

(Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl: Herr Abgeordneter, gestatten Sie ein paar Anfragen?)

Ja.

Seidel (CDU/DA):

Herr Abgeordneter! Würden Sie mir vielleicht folgen, wenn ich Ihnen sage, daß das „Volkseigentum“ nur dann den Menschen etwas nutzt, wenn es wirtschaftlich verwertet wird, wenn es Steuererträge bringt und wenn es Arbeitsplätze schafft.

Ich erinnere an die Rede, die wir heute vormittag gehört haben. Und würden Sie mir folgen in der Philosophie, die Sie hier zu verbreiten versuchen, daß mir das vorkommt, wie wenn man einen Kuchen essen will, wenn keine Zutaten drin sind und wenn er nicht gebacken ist.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Im ersten Teil Ihrer Frage kann ich Ihnen gerne folgen; aber es gibt genügend Modelle, in denen diese Nutzung möglich ist als Volkseigentum. Das macht uns z. B. die Tschechoslowakische Republik vor.

(Gelächter bei CDU/DA)

Dr. Goldhahn (CDU/DA):

Herr Abgeordneter, können Sie mir einmal erläutern, ob Sie mit dieser scharfen Trennung und Unterscheidung zwischen Volkseigentum - ich meine nicht das, was wir bisher gehabt haben, das haben Sie ja wahrscheinlich auch nicht gemeint - und Staatseigentum, ob Sie damit eine Trennung zwischen Volk und Staat zum Ausdruck bringen wollen.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Eine Gegenfrage: Was würden Sie denn meinen, wenn der Bundesfinanzminister zur Deckung seines Haushaltsloches Daimler-Benz oder die Bevölkerung in den Bundesländern heranziehen würde?

(Beifall bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Zwischenbemerkung eines Abgeordneten:

Herr Abgeordneter, in einem stimme ich mit Ihnen überein, es ist zweifellos die Wahrheit, daß Bündnis 90/Grüne durch den Antrag das Gesetz verzögert hat und daß wir damit eine erhebliche Debattenverlängerung erreicht haben. Frage: Sagen Sie mir bitte jetzt, was von der Fraktion Bündnis 90/Grüne und ihrem Vertreter Herrn Nooke im Wirtschaftsausschuß substantiell eingebracht worden ist, um dieses Gesetz qualitativ nach vorn heraus zu verändern.

(Beifall und Rufe bei CDU/DA)

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Es sind eine ganze Reihe von einzelnen Änderungen eingebracht worden, und wenn die Präsidentin Herrn Nooke das Wort erteilen würde, würde er Ihnen das im einzelnen vortragen. Ich bin nicht im Wirtschaftsausschuß gewesen und kann nicht jeden einzelnen Punkt an dieser Stelle nachvollziehen.

(Prof. Dr. Heuer, PDS: Sie lehnen das doch ab, was Herr Nooke sagt.)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Krause, bitte. Kann ich bitte mal um Ruhe bitten.

Dr. Krause (CDU/DA):

Sie haben von dem Modell der CSFR gesprochen. Gehen wir konform in der Annahme, daß die CSFR ein Modell benötigt auf der Basis ihrer eigenen Währung und daß das doch einen